

Niederschrift

Gremium	Sitzung - KRB/Z008(IV)/09			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten	Donnerstag, 05.02.2009	Ratssaal	17:00Uhr	18:15Uhr

1. Eröffnung der gemeinsamen Sondersitzung der Ausschüsse
GeSo, KRB und FuG

Frau Huhn eröffnet die gemeinsame Sondersitzung der Ausschüsse für Kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten (KRB), für Gesundheit und Soziales (GeSo) sowie für Familie und Gleichstellung (FuG) und begrüßt alle Gäste aus der Verwaltung sowie VertreterInnen der Elterninitiative sehr herzlich.

Sie bittet die anderen Ausschussvorsitzenden, Herrn Giefers und Herrn Lischka, um das Einverständnis, der Elterninitiative ein Rederecht einzuräumen. Dem stimmen beide Ausschussvorsitzende zu.

2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Huhn stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses für Familie und Gleichstellung fest.

3. Forensische Ambulanz in Magdeburg, Mittelstraße 24 (Werder)

Frau Huhn erläutert kurz die Ergebnisse des Expertenhearings vom 24.09.2008 zur Einleitung in das Thema.

Sie stellt folgende Fragen zur Diskussion:

1. Wie können Land und Kommune zukünftig besser kooperieren?
2. Sollte ein Konzept erarbeitet werden?

Herr Lischka sagt, dass die Umsetzung des Erlasses bis dato erfolgt. Es finden nach wie vor keine Beratungen auf dem Werder statt, lediglich in der Halberstädter Straße. Auch wird im März der Beirat tagen und dazu die Eltern eingeladen werden.

Frau Beier äußert Folgendes:

- Die ganze Thematik darf nicht länger geschlechtsneutral betrachtet werden.
- Die aus der Haft Entlassenen sind, wie schon Herr Prof. Dr. Dr. Marneros sagte, eine erheblich Gefahr, weil keine psychologische Betreuung erfolgte und erfolgt.
- Wie bereits Prof. Holstein 1989 feststellte, ist „Gewalt Männersache, die aber nicht von ihnen behandelt wird“.
- Neue wissenschaftliche Erkenntnisse müssen umgesetzt werden.
- Was wird mit den Jungen und Männern, die Gewalt erfahren haben?
- Es muss Präventionsarbeit geleistet werden!
- Wie wird die Geschlechtersensibilität in der Psychiatrie oder im Gesundheitswesen umgesetzt? Hier werden aktuelle Zahlen benötigt.
- Es muss für eine andere Nachhaltigkeit gesorgt werden.

Die Elterninitiative äußert sich dazu wie folgt:

- Die Eltern sind mit den Ergebnissen des Expertenhearings zufrieden.
- Leider findet noch wenig Öffentlichkeitsarbeit zu diesem Thema statt.
- Auch, dass noch keine Kriterien zur Standortwahl geschaffen worden sind, ist unbefriedigend.
- Die Eltern halten des gewählten Standort nach wie vor für ungeeignet.

Herr Giefers sagt, dass es für ihn sehr wichtig und positiv ist, dass bis heute keine Therapie oder Beratung auf dem Werder durchgeführt wird. Fraglich ist, wo die Kommune ansetzen könnte. Dies ist ein Landesthema und hier schwierig aufzugreifen. Die Kommune kann präventiv tätig werden – die Spirale durchbrechen. Auch sollte die angesprochene Sensibilisierung noch einmal an die Fachausschüsse als Thema weitergegeben werden.

Frau Huhn sagt dazu, dass der geschlechtsspezifische Ansatz weiter verfolgt werden muss. Sie spricht sich für einen Beschluss zur Erarbeitung von Leitlinien zum Umgang mit dieser Thematik aus. Es ist wichtig die Kommunikation zwischen Land und Kommune zu verbessern. Man könnte dazu auch eine Drucksache erarbeiten.

Herr Lischka ist gegen einen solchen Beschluss. Hier sollte eine saubere Trennung zwischen FORENSA und Prävention durch die Kommune erfolgen. Die KlientInnen der FORENSA Magdeburg sind mit 35 Männern und einer Frau überwiegend männlich. Er schließt sich jedoch der Meinung an, dass präventiv die Kommune gefragt ist.

Auch Herr Giefers ist gegen den angefragten Beschluss. Er schließt sich der Meinung von Herrn Lischka an, was die Trennung der „Sachverhalte“ und die Prävention durch die Kommune angeht.

Frau Beier sagt dazu, dass geschlechtsspezifisch hingesehen werden muss. Die Kriminalstatistik hat aufgezeigt, wie viele männliche und weibliche TäterInnen es gibt. Diese Statistik sollte der Ausgangspunkt für die weitere Handhabung sein. Man muss sensibel und vertiefend tätig werden. Auch ist die geschlechtsspezifische Sicht dazu da, um den Jungen zu helfen.

Sie stellt daher den Antrag, dass sich jeder Ausschuss noch einmal mit dem Thema „Erarbeitung Leitlinien“ auseinandersetzen soll.

Herr Giefers ist der Meinung, dass die Ausschüsse damit überfordert sind und dass man sich im Rahmen einer Fachtagung mit diesem Thema befassen sollte. Die Ausschüsse wären das falsche Gremium dafür. Deshalb spricht er sich gegen diesen Antrag aus.

Herr Lischka sagt zu, dass sich der KRB-Ausschuss noch einmal mit diesem Thema befassen wird.

Auch Frau Huhn ist für eine erneute Behandlung des Themas im FuG-Ausschuss.

Herr Rink fragt, wie die Angebote und auch die Dichte der Angebote für diese Straftäter sind. Statistiken dazu wären sehr interessant.

Frau Beier bringt ein, dass es eine gute Vorlage des Berliner Senats gibt, in welchem u. a. auch gezielte Projekte beschrieben werden.

Diese Unterlage hält Herr Giefers für sehr konkret und regt an, dass sich der GeSo noch einmal auf der Grundlage dieses Papiers mit dem Thema beschäftigen könnte.

4. Beschlussfassung

Frau Huhn fasst zusammen, dass das eigentliche Ziel heute die Fassung eines Beschlusses hinsichtlich der Erarbeitung von Leitlinien oder eines Konzeptes zur besseren Kooperation zwischen Land und Kommune zum Thema ist.

Die Ausschüsse KRB und GeSo sprechen sich gegen einen solchen Beschluss aus. Somit ist es bezüglich dieses Anliegens zu keinem Beschluss gekommen.

Zum gestellten Antrag von Frau Beier, dass sich jeder Ausschuss noch einmal mit dem Thema „Erarbeitung von Leitlinien“ befassen soll, lässt Frau Huhn zunächst den FuG-Ausschuss abstimmen (3 / 0 / 1).

Der KRB-Ausschuss nimmt den Antrag von Frau Beier ebenfalls an.

Der GeSo entscheidet sich gegen den Antrag von Frau Beier.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der nächsten regulären Sitzung.

gez. Burkhard Lischka
Vorsitzender

